

Analyse

Armin Capaul Der Bergbauer aus dem Berner Jura will dem Rindvieh die Hörner zurückgeben - und die Würde. *Von Daniel J. Schütz*

Alles für die Kuh

Seit Tagen brütet er am Laptop abends über seiner Ansprache. «Ich bin sehr nervös», bekennt Armin Capaul, der einen Bauernhof in den Jurahöhen ob Moutier betreibt. Er sei keiner, der «grosse Reden schwingt» - schon gar nicht vor einer Menschenmenge: «Ich habe lieber Taten statt Worte.»

Auf morgen Sonntag aber hat er Tierfreunde aus dem ganzen Land nach Metmenstetten ins Säuliamt zum Hornfest eingeladen, wo er seine Horninitiative lancieren will. Das Volksbegehren «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere» sieht eine Entschädigung für Viehhalter vor, die ihren Tieren die Hörner nicht vom Schädel sägen, die Hornknospen der Kälber nicht veröden und auf die Zucht von hornlosem Vieh verzichten.

Die Idee - ein Franken pro Tier und Tag für Kuhzüchter, 20 Rappen für Ziegenhalter - sei ihm «ganz plötzlich an



einem Sommerabend 2010 gekommen, erzählt Capaul. Er habe die neun Kühe wie üblich zum Melken in den Stall geführt: «Wir brauchen keinen Laufstall - die Kühe fühlen sich geborgen, wenn sie angebunden sind.» Da habe er beobachtet, wie Milena der Nachbarin Rahel vertrauensvoll den Kopf zuwandte - und diese Milena mit der Hornspitze behutsam den «Ziger» aus dem Auge rieb.

«Die beiden zeigten, dass ihre Hörner keine Waffen sind, mit denen sie einander die Euter aufschlitzen», sagt Capaul. «Die Kühe setzen die Hörner zur Körperpflege und zur Kommunikation untereinander ein.»

Er weiss genau, dass ein neues Verbot bei der Bauernschaft ebenso wenig Chancen hätte wie der Ruf nach einer landwirtschaftlichen Subvention beim Stimmvolk. Darum hat er einen anderen Ansatz gewählt: «Der

Hornfranken ist Anerkennung und Ansporn. Er hilft, die Laufställe so auszubauen, dass die Kühe genügend Raum haben, um sich ohne Aggression zu bewegen.» Es gehe um eine Umverteilung, bei der jene Bauern zur Kasse gebeten werden, «die mit weniger Zuschuss noch immer gut leben».

Die Idee gefiel ihm so gut, dass Capaul in einem Brief ans Bundesamt für Landwirtschaft anregte, der Bundesrat möge den Hornfranken auf dem Verordnungsweg verfügen. Er wandte sich auch mit einer Motion ans Parlament. Doch gegen die Landwirtschaftslobby vermochte sich der Bergbauer nicht durchzusetzen.

90 Prozent der Schweizer Rindvieher tragen heute keine Hörner mehr - eine Folge des Trends zum Laufstall, der vor 30 Jahren einsetzte. «Wenn die Tiere dort zwar Bewegungsfreiheit haben, aber dafür verstümmelt

werden, kann dies nicht im Sinne des Tierschutzes sein», findet Armin Capaul. «Es läuft etwas falsch, wenn die Kuh nur noch im TV-Spot und der Stier als Schwingfesttrophäe Hörner tragen darf.»

Vier Jahre lang investierte er Nerven und Geld in seine Idee - «über tausend Franken allein für Briefmarken». Jetzt zieht er seine letzte Trumpfkarte. «Die sticht», ist er überzeugt. Der Souverän habe für sein Anliegen mehr Verständnis als die Bauernlobby: «Für das Volk ist die Kuh ein Lebewesen und kein Renditeobjekt.» Anders gesagt: In der Kuh erkennt jeder Schweizer, was der Schaffhauser im Hammel, der Bündner im Steinbock oder der Urner im Stier sieht - ein Symbol der Heimat. «Man stelle sich all die Kantonswappen mit hornlosen Tieren vor», sagt Armin Capaul - und lacht: «Das muss noch rein in die Rede!»

Klimapolitik Es zahlt sich aus, von fossiler auf erneuerbare Energie umzustellen. *Von Martin Läubli*

Die Rechnung der Rockefellerers

Es gibt verschiedene Methoden zu protestieren. Eine ist, Schluss mit allem zu machen, hinter dem man nicht mehr stehen kann: ein Befreiungsschlag. Ein bemerkenswerter Ausstieg ist diese Woche bekannt geworden. Die einflussreiche Familie Rockefeller hat genug von Energiequellen, welche die Umwelt zerstören und das Klima verändern. Sie zieht ihr Geld aus dem Geschäft mit Erdöl, Kohle und Ölsand ab und investiert es in umwelt- und klimafreundlichere Technologien (TA vom Dienstag).

Ein starkes Zeichen: Der Rockefeller Brothers Fund kontrolliert ein Vermögen von 860 Millionen Dollar. Er gehört zu einem Kreis von mehr als 800 Investoren - darunter Stiftungen, Kirchen, Universitäten und Städte -, die in den nächsten Jahren insgesamt 50 Milliarden umlenken wollen. Diese erstaunliche Initiative wäre am Klimagipfel in New York wohl untergegangen, hätte nicht der Name Rockefeller mediale Aufmerksamkeit erregt.

Der Name steht für den Beginn eines neuen Zeitalters. John D. Rockefeller gründete 1870 das Unternehmen Standard Oil, das er zielstrebig und unzimperlich zu einem Weltkonzern machte. Innerhalb von 15 Jahren verdiente er eine Milliarde Dollar. Aus Standard Oil gingen Erdölgiganten wie Exxon, Amoco und Chevron hervor. Rockefeller war der Vater der Ölindustrie. Seine Erben profitierten lange Zeit vom Erdölboom.

Seit vier Jahren wird deutlich mehr Geld in saubere Energie als in fossile investiert.

Nun brechen sie mit der Geschäftsvorgangsgenheit. Der Ausstieg sei ganz im Sinne des Dynastiegründers, eines cleveren und visionären Geschäftsmanns, erklärte der Stiftungspräsident. Ob John D. Rockefeller bereits so umweltbewusst dachte wie seine Erben, ist schwer abzuschätzen. Tatsache ist: Er avancierte zum Milliardär, weil sich die Erdöllobby zu seiner Zeit gegen die Vorkämpfer des umweltfreundlicheren Alkohols aus Gemüseabfall durchsetzte - schlicht weil die Gewinnung des Erdöls billiger war.

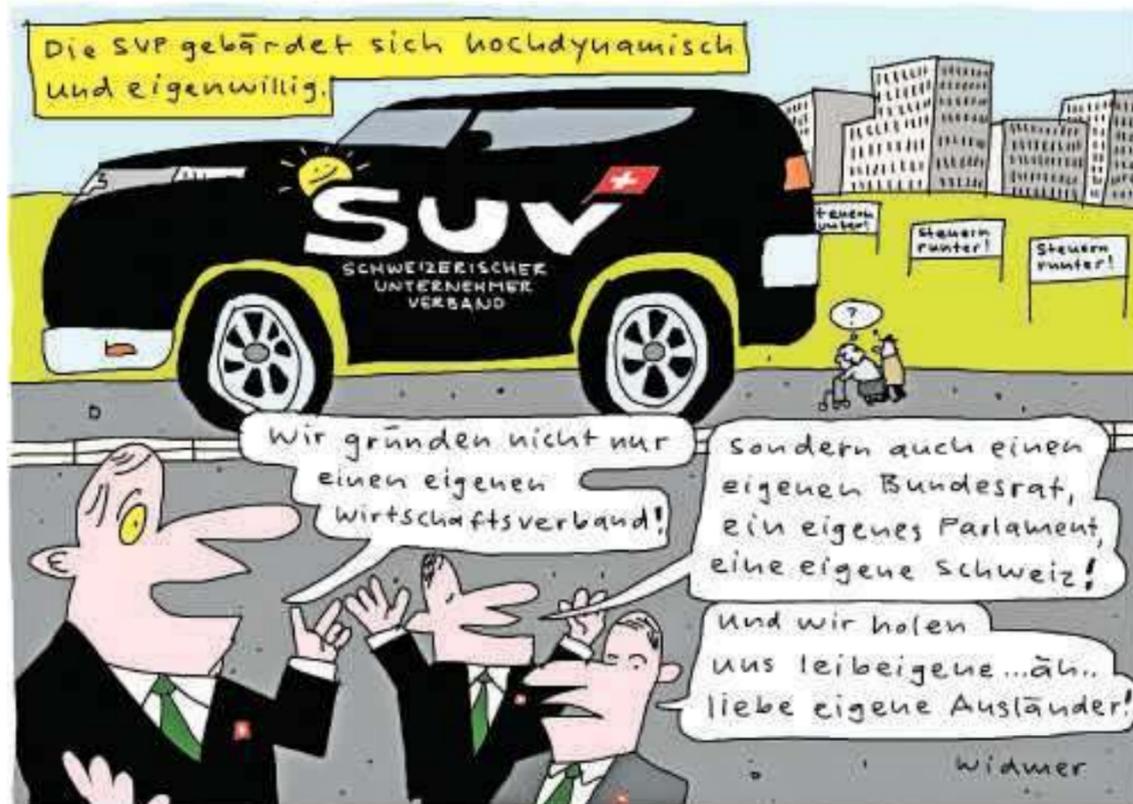
Seine Nachfahren paaren nun den Geschäftssinn mit ökologischen Erwägungen. Im Zentrum steht die sogenannte Karbon-Blase: Der Umstand, dass Investitionen in fossile Energie immer riskanter werden. Der Grund: Maximal ein Fünftel der vorhandenen Reserven darf genutzt werden, wenn wir eine gefährliche Erderwärmung abwenden wollen.

Allein die Moral treibt die Rockefellerers aber nicht an. Es ist ein Geschäft, in Sonnen- und Windkraft zu investieren, wie Steven Rockefeller, einer der Stiftungsräte, der «New York Times» erklärte. Zwar sind 2013 die Investitionen in erneuerbare Energien und Treibstoffe im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Weil fehlende politische Rahmenbedingungen die Investoren verunsichern und weil die Kosten für Solaranlagen massiv gefallen sind. Doch die Finanzanalysten sehen optimistisch in die Zukunft: Die Zahl der Wind- und Solarprojekte, die nicht mehr auf Subventionen angewiesen sind, steigt stetig. Das letzte Jahr war das vierte in Folge, in dem deutlich mehr Geld in saubere Energie als in fossile investiert wurde. Das spiegelt sich in den Börsenkursen von Energiekonzernen, die auf erneuerbare Quellen setzen.

Kein Wunder, dass Pensionskassen wie Hedgefonds im Klimaschutz ein profitables Geschäftsfeld der Zukunft sehen. Eine Gruppe von 340 Investoren, die ein Kapitalvolumen von mehr als 24 000 Milliarden Dollar vereinen, erklärte diese Woche: Der Klimaschutz sei «mehr Freund als Feind» der globalen Wirtschaft. Die Möglichkeiten hat unter anderem auch die Rockefeller-Stiftung erkannt.

Noch ist das Kapital, das aus dem fossilen Markt abgezogen wird, ein Klacks, verglichen mit dem Wert der Öl- und Erdgasfirmen, der laut Bloomberg rund 4650 Milliarden Dollar beträgt. Die grossen Player in diesem Geschäft werden ihre Pfründe mit aller Macht verteidigen.

Dennoch: Die einflussreichen Aussteiger stimmen zuversichtlicher als auch schon, dass endlich die politischen Weichen für eine postfossile Zukunft gestellt werden. Wenn in Paris kommandes Jahr ein ehrgeiziger UNO-Klimavertrag für die Zeit nach 2020 verabschiedet wird, dürften die Rockefellerers zu den grossen Profiteuren davon gehören.



Unternehmerverband Um die Blocher-Partei ist es einsam geworden. Ein neuer Verband soll sie vom Ruf der Wirtschaftsfeindlichkeit befreien. *Von Fabian Renz*

SVP-Freunde aus der Retorte

Man stelle sich eine Partei einen Moment lang als Menschen vor. Der Kerl wäre ein Soziopath: Pausenlos teilt er Schmähungen aus, alles weiss er besser. Menschen suchen in der Regel Freundschaft, eine Partei hingegen braucht Feinde. Sie definiert sich, indem sie ihre Gegenpole definiert.

Doch wie einem das Leben falsche Freunde bringen kann, so hat sich die Schweizerische Volkspartei ungewollte Feinde geschaffen. Natürlich, man ist gegen die Sozialisten, die Europäer, die Gutmenschen. Aber gegen die Wirtschaft, das wollte man nie sein.

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse wünscht sich bilaterale Verträge mit der EU, Rechtssicherheit und gute Geschäfte, mit einem Wort: Ruhe. Die SVP jedoch will die Revolution. Das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU soll grundlegend umgekrempelt werden, idealerweise durch eine Rückkehr zum Freihandelssystem der 70er-Jahre. Die Zuwanderungsinitiative vom 9. Februar war der bisher grösste Erfolg in diesem Kampf. Dafür wird der SVP von Economiesuisse-Vertretern jetzt quasi Wirtschaftsfeindlichkeit angehängt.

Und nun taucht plötzlich der «Schweizer Unternehmerverband» auf. Er soll von hochrangigen SVP-Exponenten als Konkurrenzprojekt zu Economiesuisse erdacht sein - als Dachorganisation für rechtsbürgerlich-europakritische Konzernbosse. Es gehe der SVP darum, Economiesuisse zu spalten und an die gut dotierte Kampagnenkasse des Verbands heranzukommen, mutmasst die «Sonntagszeitung». Nun war die SVP allerdings nie als Partei mit Geldproblemen bekannt. Und Economiesuisse hat trotz finanzieller Kraft zuletzt wichtige Abstimmungen verloren (Masseneinwanderung, Abzocker).

Störendes Etikett

Das Symbolische dürfte wichtiger sein. Die grösste Partei im Land züchtet sich ihre Freunde in der Retorte. Vor zwei Jahren verkündete Christoph Blocher die Gründung eines überparteilichen Patronatskomitees, in dem sich bürgerliche Denker und Politiker für eine unabhängige Schweiz engagieren sollten. Zum gleichen Zweck arbeitete er auch am Aufbau einer neuen, mitgliederstarken Truppe mit dem Namen «Nein zum schleichenden EU-Beitritt».

Der geplante Unternehmerverband ist ein weiteres Beispiel für das Bedürfnis nach Gruppierungen mit SVP-Positionen, aber ohne SVP-Etikett.

Nur mit Feinden scheint es eben doch nicht zu gehen. Die Adjektive «bürgerlich» und «wirtschaftsnah» stehen heute in der breiten Wahrnehmung für ein pragmatisches Ja zu den Bilateralen. Solange die SVP keine Umdeutung dieser Begriffe erreicht, bleibt es für sie schwierig, die Schweiz auf europapolitischem Konfrontationskurs zu halten. Ob neue Gruppierungen wie der Unternehmerverband hier wirklich helfen können, ist ungewiss.

Für sein intellektuelles Patronatskomitee erhielt Blocher reihenweise Absagen aus anderen Parteien. Im Komitee gegen den «schleichenden EU-Beitritt» finden sich, über das engere SVP-Umfeld hinaus, vor allem Verbände wie das «Netzwerk Impfentscheid» - bekannt für sein Nein zum Tierseuchengesetz und seine Neigung zu Verschwörungstheorien. Bei seriösen potenziellen Partnern sind die Hemmungen gross, weil in diesem Land eine knallharte Marketingregel gilt: Wo Blocher drinsteckt, steht auch Blocher drauf.